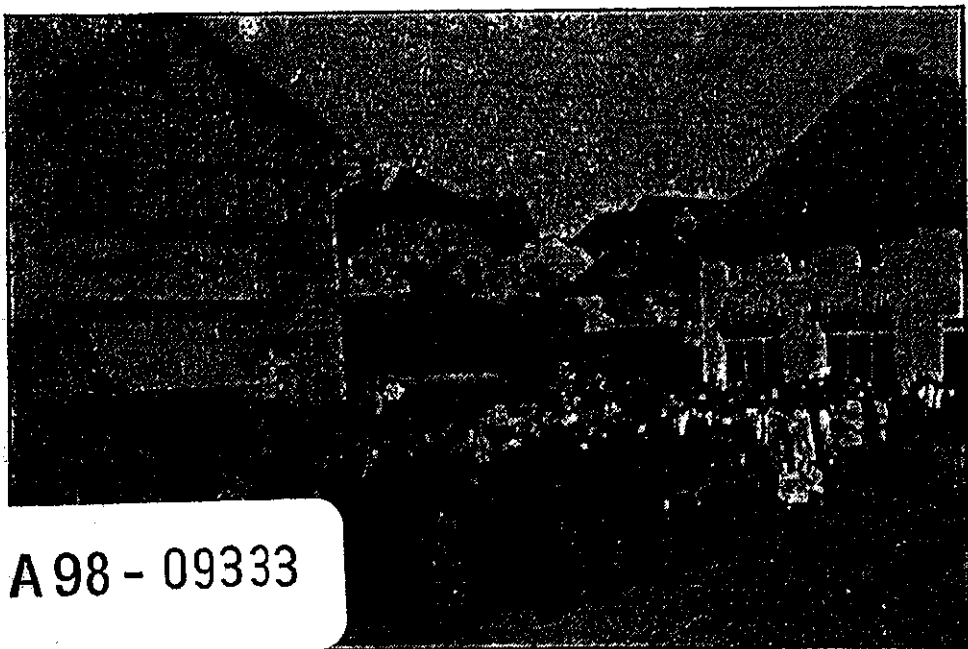


Leben nach der Stunde Null

Streiflichter aus der Arbeiter-
und Gewerkschaftsbewegung in
Hessisch Lichtenau 1945 / 46



A 98 - 09333

Herausgeber: DGB-Ortskartell Hessisch Lichtenau

Vorwort

Im Jahre 1985 gab es einige Jahrestage von denkwürdigen Ereignissen. Da ist zuerst der 8. Mai zu nennen, vor 40 Jahren der Zeitpunkt der Kapitulation der deutschen Wehrmacht vor der Anti-Hitler-Koalition, bestehend aus den Truppen der Länder USA, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion.

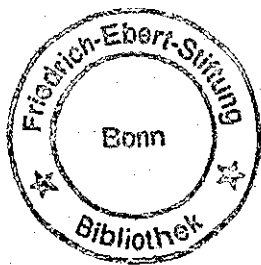
Es jährte sich der 6. August zum vierzigsten Mal, der Tag, an dem die Amerikaner die erste Atombombe auf die Stadt Hiroshima abwarfen.

Um auf die besondere Bedeutung des Jahrestages des Kriegsendes (DGB-Chef Ernst Breit: "Tag der Befreiung") aufmerksam zu machen, veranstaltete der DGB-Bundesjugendausschuß einen Wettbewerb für DGB-Kreise, um gerade jüngere Kolleginnen und Kollegen für die oft verdrängte Geschichte der Städte und Kreise in den Nachkriegsjahren zu interessieren.

Da bei unserer Arbeit die Schwierigkeit auftauchte, daß man bei einer ehrenamtlichen Beschäftigung mit diesem Thema viel Zeit aufbringen muß, die uns an sich nicht zur Verfügung steht, wird sich die vorliegende Broschüre nur mit der Zeit bis zu den ersten Wahlen beschäftigen können. Die Auseinandersetzungen um die Hessische Verfassung, der Volksentscheid zur Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, die weitere Geschichte des Freien Gewerkschaftsbundes Hessen hier in der Region, das wird möglicherweise in späterer Zeit in einer weiteren Arbeit dargestellt werden können. (Hinweise, Anregungen und Material über diese Zeit nehmen wir gern entgegen.)

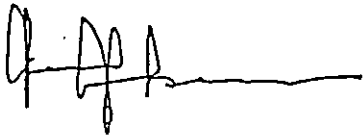
Wir vom DGB-Ortskartell wollen mit dieser Ausarbeitung zweierlei erreichen, ohne zugleich einen wissenschaftlichen Anspruch zu stellen:

Zum einen soll ein Einblick in die Geschehnisse der ersten Nachkriegsjahre in unserer Heimatstadt gegeben werden, womit wir hoffen, auch etwas zur Erfassung der Stadtgeschichte beizutragen.



A 98 - 09333

Zum anderen soll deutlich werden, und da richten wir uns gerade an die jüngeren Mitbürger, daß zur Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung besonders eines nötig ist, worauf der von uns sehr geschätzte langjährige Vorsitzende des Lichtenauer Ortskartells, Helmut Ludwig, immer sehr viel Wert gelegt hatte:
DIE SOLIDARITÄT DER ARBEITER- UND GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG.



Helmut Faßhauer
(DGB-Kreisvorsitzender)



Elli Reimann
(DGB-Ortskartellvorsitzende)

Der Autor:

JÜRGEN WITTMANN - Stellvertretender DGB-Ortskartellvorsitzender in Hessisch Lichtenau, Mitglied der IG-Metall.

Bestellungen für diese Broschüre, Anregungen und Hinweise bitte an folgende Adresse, bzw. Telefonnummer:

Jürgen Wittmann
Henri-Dunant-Str.15
3436 Hessisch Lichtenau
Telefon: 05602/5028

Der Einmarsch der amerikanischen Truppen in und um Hessisch Lichtenau

"Es gab einen Donner und einen Rappel, daß wir dachten, das ganze Haus bricht über uns zusammen," so schildert eine Zeitzeugin den Einschuß einer amerikanischen Granate in ein Haus im damaligen Quentler Weg. Fünf Personen hatten sich im Kellerflur des Hauses vor den erwarteten Angriffen versteckt, die die Amerikaner dann auch wahr machten.

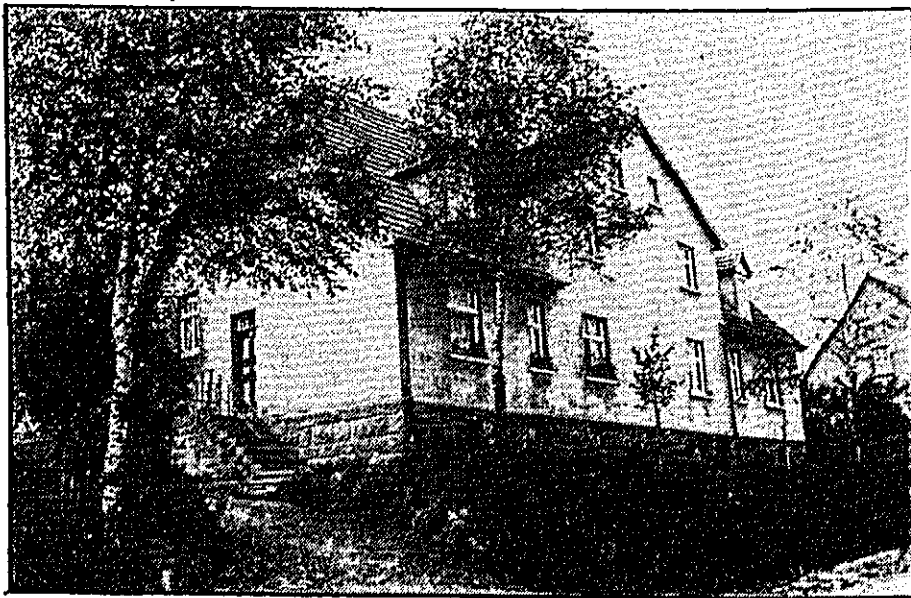
Es war Anfang April des Jahres 1945. Bei Walburg stießen Ostern '45 Vorausverbände der amerikanischen Armee über Velmeden in Richtung Witzzenhausen, andere in Richtung Eschwege vor. Die über Reichenbach, Küchen rarrückenden Truppen zogen über Hausen auf den Meiß

Vorher, etwa ab der zweiten Märzhälfte '45, erreichte das Kriegsgeschehen den nordhessischen Raum. Zum ersten Mal machte die Bevölkerung Bekanntschaft mit den amerikanischen Tieffliegern, die fast täglich Angriffe auf lebende Ziele, bewegliche Objekte und Bahnhöfe flogen.

Augenzeugen berichten von einem Angriff der Tiefflieger auf einen Zug, der von Velmeden nach Rommerode unterwegs war. Dabei gab es mehrere Tote und Verletzte. Der Bahnhof in Walburg wurde einige Male angegriffen. Am 31.3.45 beschossen Flugzeuge einen Munitionszug, der am Ortsausgang von Fürstenhagen in Richtung Eschenstruth stand. Durch den Fliegerbeschuß wurde die Lokomotive getroffen. Die Bomben verfehlten jedoch die Wagen und trafen "nur" zwei Häuser an der Bahnstrecke, sodaß die Fürstenhagener an einer Katastrophe knapp vorbeikamen. Man kann sich vorstellen, was passiert wäre, wenn der Zug hochgegangen wäre.

Zu größeren Kampfhandlungen ist es nach Aussage von Zeitzeugen in unserem Raum nicht gekommen. In Hessisch

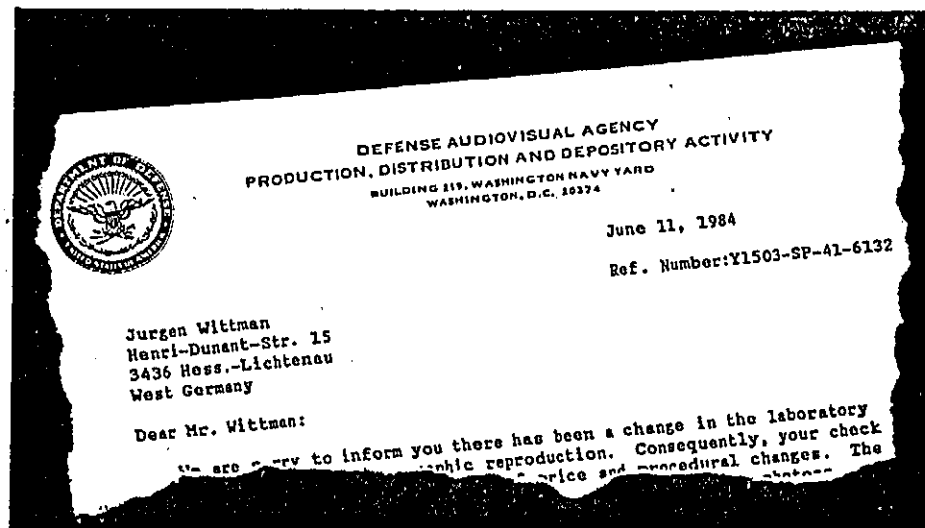
Lichtenau allerdings gab es einen Feuerwechsel zwischen deutschen und amerikanischen Panzern. Die über die Güns-teröder Höhe heranrückenden amerikanischen Tanks feuerten in die Stadt und beschädigten zahlreiche Häuser, so auch das oben erwähnte Gebäude im Quentler Weg, von dem uns eine Aufnahme aus den 50er Jahren vorliegt.



Bei der Beschäftigung mit der Nachkriegsgeschichte meiner Heimatstadt kam ich auf die Idee, einmal das Archiv des Verteidigungsministeriums der USA anzuschreiben, ob vielleicht Bilddokumente über unsere Gegend vorliegen.

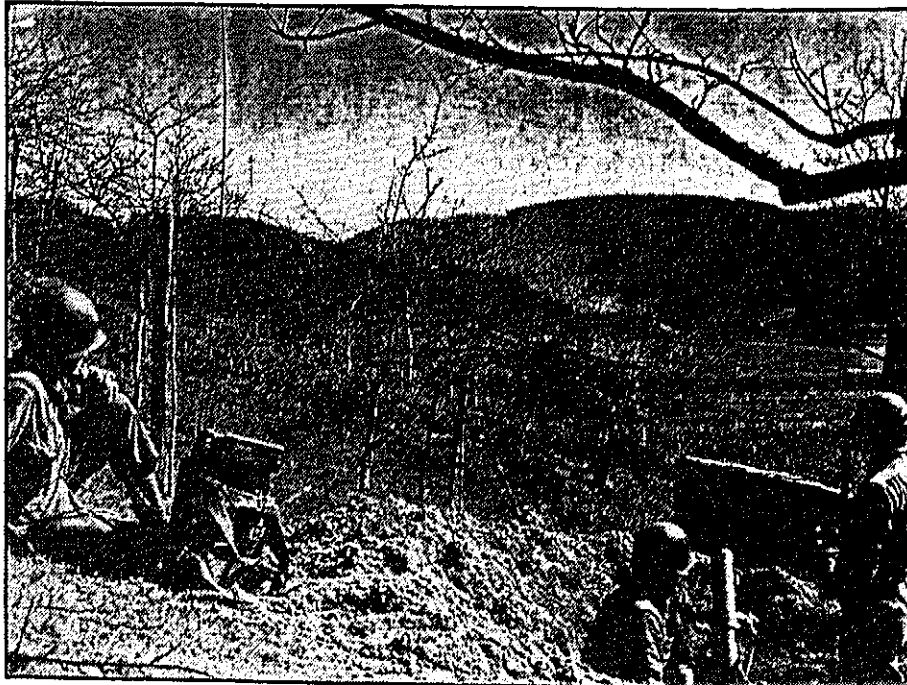
Und überraschenderweise hatten amerikanische Pressefotographen tatsächlich Bilder über die Kämpfe im Lichtenauer Raum gemacht.

Leider konnte ich nicht herausfinden, wo die Fotografien genau gemacht wurden. (Vielleicht kann mir ja ein älterer Lichtenauer hier weiterhelfen), aber der Begleittext spricht doch eindeutig von unserem Lichtenau.



Im folgenden die Bilder des US-Archivs:





Die Übersetzung des englischen Textes zu den Bildern lautet:

"Fußmüde Infanteristen der 26. Division, 3. US-Armee, rücken vor zur westlichen Flanke des brennenden Ortes Lichtenau, um die hartnäckige Nazi-SS-Nachhut zu zerstören, die immer noch in der geschlagenen Stadt aushält."

Es scheint allerdings so, daß bei dieser Schilderung der amerikanische Presseoffizier etwas "auf den Putz gehauen" hat. Weiter heißt es:

"Mit ihren 105mm - Feuerwaffen, gerichtet auf den Feind, der den Kiefernwald südlich von Waldau eingenommen hat, graben sich die Kanoniere der 3. US-Armee zur Sicherheit vor dem belästigenden Mörserfeuer der Deutschen, das rings um sie herum einschlägt, ein. In der Ferne sieht man den Rauch aus der Stadt Lichtenau, die immer noch von der deutschen SS-Nachhut verteidigt wird."

Nachdem die Besatzungstruppen gegen den beschriebenen Widerstand die Stadt eingenommen hatten, war der Krieg für unsere Heimatstadt zu Ende, wenn es auch noch einige Wochen bis zur Kapitulation dauerte.

Viele Lichtenauer waren im 2. Weltkrieg gefallen, eine Anzahl kommunistischer, sozialdemokratischer und bürgerlicher Hitlergegner hatten jahrelang in Zuchthäusern und KZs geschmachtet, einige mußten dies mit ihrem Leben bezahlen.

Wie skrupellos der Hitlerfaschismus auch im letzten Kriegsjahr noch junge Menschen in den Tod schickte, geht aus dem Bericht über den Volkssturm hervor, der ja die letzte Reserve bilden sollte, und aus ganz jungen Menschen und auch Älteren bestand.

In Hessisch Lichtenau und in den heutigen Stadtteilen kam es im Herbst 1944 zur Aufstellung eines Volkssturmes. Aus den Berichten über das Schicksal dieser "Truppe" geht hervor, daß sie nach kurzer Ausbildung in einen Zug verfrachtet und nach Osten geschickt wurde. Dort sollten sie im Kampf gegen die Rote Armee eingesetzt werden. Zu diesem Einsatz ist es aber nicht mehr gekom-

men - der Zug wurde irgendwo von sowjetischen Soldaten abgefangen. Kein einziger aus dieser Einheit ist wieder nach Hessisch Lichtenau zurückgekehrt.

Auch stoppten jetzt die amerikanischen Soldaten die Produktion im Munitionswerk Hirschhagen, die Maschinen wurden abgebaut, ein Teil der Bunker gesprengt. Die Rüstungsfirma, die den Wald in eine Fabrik verwandelt hatte, zog sich zurück. Sie hinterließ ein verseuchtes Gelände mit hunderten von Betonbunkern und unterirdischen Kanälen.

Die Geschichte der Munitionsfabrik in Hirschhagen ist umfassend dargestellt in dem Buch "Sprengstoff aus Hirschhagen" der Autoren Ullrich Schneider und Wolfram König.

In diesem Zusammenhang fällt allerdings eine Merkwürdigkeit auf, die hier nicht geklärt werden kann, die aber zum nachdenken anregt: Auf den Luftaufnahmen, die die Autoren des oben erwähnten Buches von der britischen Royal Air Force erhielten, ist die Munitionsfabrik in Hirschhagen deutlich auszumachen. Die Tarnung war offensichtlich nicht so vollkommen, wie immer behauptet wurde. Dennoch wurde das Werk nicht bombardiert. Sollte es erhalten bleiben? Gab es bei den westlichen Alliierten schon Anfang '45 Überlegungen, den Krieg möglicherweise mit Hilfe Deutschlands gegen die Sowjetunion weiterzuführen, wie es später Winston Churchill formulierte, als er sagte: "Wir haben das falsche Schwein geschlachtet."?

Streiflichter aus dem Nachkriegs- jahr in unserer Heimatstadt

Die militärischen Einheiten der US-Armee hatten die zerstörten Städte, die noch erhaltenen Dörfer und Kleinstädte besetzt. Sie kamen und nahmen die Verwaltung der besetzten Gebiete in die Hand. Das Kriegsrecht prägte das Leben in Hessen. Zeitliche und räumliche Ausgangsbeschränkungen waren angeordnet. Die Versorgung der Bevölkerung wurde immer schwieriger. Die Verwaltungsstellen

der Amerikaner suchten in der deutschen Bevölkerung nach Menschen, die als Hitlergegner, als Antifaschisten dafür sorgen sollten, daß ein neuer Weg für das zerstörte Deutschland beschritten werden konnte.

Es gab zwar zentrale Vorschriften der Armee für fast alle Lebensbereiche. Doch angewendet wurden sie von Menschen, von Offizieren und Angehörigen der US-Armee, die ganz verschiedene Einstellungen hatten: Solche, die mit allen Antifaschisten zusammenarbeiten wollten, andere, die von Beginn an sozialistische und kommunistische Widerstandskämpfer ausschlossen und einige, die bewußt mit ehemaligen Nazis und deren Helfern zusammenarbeiteten.

Durch die Weisungen der Militärregierung begann der Wiederaufbau für ein anderes Deutschland zunächst auf kommunaler und auf Kreisebene. Bürgerausschüsse auf antifaschistischer Basis sollten von der deutschen Seite her die Arbeit der Militärregierung unterstützen, aber auch eigene Initiativen entfalten. In der vorliegenden Literatur über diese Zeit ist zu lesen, daß diese Arbeit in Hessen weitgehend funktionierte. Damit waren die Voraussetzungen geschaffen für ein neues Land, das zunächst Groß-Hessen, später Hessen genannt wurde. Die erste Regierung im Land spiegelte die Breite der antifaschistischen Grundlage wider, die in den ersten Wochen gelegt worden war.

Bei allem guten Willen, bei zahlreichen Ansätzen für eine gute Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte in Hessen änderte sich die Lage dann sehr bald und sehr schnell. Es wirkten sich verschiedene Dinge aus, so die weltpolitischen Verhältnisse, der Beginn des "Kalten Krieges", keine echte Entnazifizierung in Justiz und Beamtentum, die beginnende Restauration (Wiederherstellung der alten kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse) und, wie Thomas Mann es nannte, die "Grundtorheit unserer Epoche", der Antikommunismus.

Mit dieser Politik der drei westlichen Besatzungsmächte waren die Weichen zur Teilung Deutschlands gestellt.

Überall in Hessisch Lichtenau waren die Uniformen der amerikanischen Truppen zu sehen. Besondere Aufmerksamkeit erregten natürlich die Farbigen der US-Armee, da in der damaligen Zeit die Einwohner äußerst selten einen echten "Schwarzen" zu Gesicht bekamen. Die Angehörigen der US-Besatzungstruppen waren anfänglich in der Siedlung Fürstenthagen, später im Lager Waldhof untergebracht. Viele hatten sich aber auch Unterkunft in den Privathäusern einiger Lichtenauer beschafft und teilweise "ziemlich herumgesaut".

Die Außenstelle des Konzentrationslagers Buchenwald war ja, wie später bekannt wurde, schon evakuiert worden. Über diese Geschehnisse ist umfassend geschrieben worden in dem Buch "Das Außenkommando Hess.Lichtenau des KZ- Buchenwald" von Dieter Vaupel.

Um diese Zeit waren noch etwa 4000 ausländische Arbeitskräfte aller Nationen in Lichtenau, die als Dienstverpflichtete in der Munitionsfabrik in Hirschhagen gearbeitet hatten. Ein weiterer Teil war bei der Firma K.A.Henschel eingesetzt worden, besser bekannt unter dem Namen Frölich & Wolff. In der Nazizeit war diese Firma "übernommen" worden und nach dem Krieg ihren "rechtmäßigen" Besitzern wieder übereignet worden.

Von diesen "Fremdarbeitern" gab es jetzt nach ihrer Befreiung öfters Übergriffe und Plünderungen. Wir lesen dazu im Bericht des ehemaligen Bürgermeisters: "Trotz der Wirrnisse der Zeit war es nunmehr die Aufgabe der Stadtverwaltung, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und sonstigen Bedürfnissen sicherzustellen. Besondere Schwierigkeiten bereiteten wiederum die ausländischen Arbeitskräfte, die eine gute Verpflegung forderten. Tag für Tag erschienen dieselben in den Diensträumen und verlangten, teilweise unter Drohung mit der Waffe, die bevorzugte Versorgung mit Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgütern."

Auch die "Amis", wie sie damals schon genannt wurden, mußten mit allerlei Dingen des täglichen Bedarfs versorgt werden, worunter in diesem Falle allerdings nicht Lebensmittel zu verstehen sind; davon hatte die Armee genug.

Er führte zum Beispiel noch den Befehl aus, einen unbewaffneten Stadtschutz zu organisieren, der die vorkommenden Plünderungen unterbinden sollte.

Kurze Zeit später wurde Goebel wegen seiner Nazi-Vergangenheit verhaftet. Als sein Nachfolger amtierte kurze Zeit ein Herr Pfannmüller aus Bad Godesberg, der zur damaligen Zeit seinen Wohnsitz in Hessisch Lichtenau hatte.

Nach einigen Wochen wurde von der Militärregierung und dem damaligen Landrat von Coelln der Kaufmann Fritz Franke als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt. Er war bis zur Kapitulation bei der D.A.G. angestellt, die für das Munitionswerk in Hirschhagen mitverantwortlich war. Später war Franke lange Jahre Bürgermeister in Bad Sooden Allendorf.

Im September 1945 wurde durch einen Amtstausch der vorher in Bad Sooden-Allendorf amtierende Bürgermeister Willi Siebert nach Lichtenau versetzt; Franke ging nach BSA.

Trotz der sicher zahlreichen Schwierigkeiten, z.B. in der Versorgung, begann sich das kommunale Leben zu normalisieren. So war im November 1945 in den "Hessischen Nachrichten", der späteren "HNA" zu lesen:

"Hess.Lichtenau (Erster Stellvertreter des Bürgermeisters)

Im Aufbau des kommunalen Lebens in Hess.Lichtenau konnte ein weiterer wichtiger Markstein verzeichnet werden. Nachdem vor kurzem Bürgermeister Siebert, bis dahin in gleicher Eigenschaft in BSA, die Geschäfte übernommen hatte, wurde nunmehr sein 1.Stellvertreter in der Person des Buchdruckers Emil Jung bestellt. Verwaltung und Bevölkerung sind gewiß, daß die Schäden der letzten 12 Jahre in gemeinsamer Arbeit tatkräftig beseitigt werden."
("HN" vom 24.11.1945)

Obwohl in der von den Amerikanern berufenen Stadtverwaltung auch Sozialdemokraten und Kommunisten mitwirkten, kamen weder Franke noch Siebert als Bürgermeister aus der Arbeiterbewegung. Auch der amtierende Landrat des Kreises Witzenhausen kam aus dem bürgerlichen Lager. Von Coelln kandidierte 1946 auf der Liste der LDP (Liberaldemokra-

tische Partei) zum Kreistag. In vielen hessischen Städten und Dörfern passierte das selbe. Vor der Genehmigung der Parteien auf Landesebene im November 1945 hatte die Besatzungsmacht in den Gemeinden nach eigenem Geschmack "Honoratioren" ausgesucht und unterstützt - und das waren fast nie ehemalige Widerstandskämpfer oder Arbeiterfunktionäre.

Anfang September gab dann die Militärregierung grünes Licht für die Gründung von politischen Parteien und freien Gewerkschaften. Im Bereich des kommissarischen Polizeipräsidenten hieß es: "Die vier politischen Parteien SPD, KPD, CDU und LDP haben sich inzwischen konstituiert und mit ihrer Tätigkeit begonnen." Parteizeitungen wurden nicht zugelassen.

Dafür erschien ab dem 26.9.1945 als erste und einzige Regionalzeitung die "HN" als Lizenzzeitung, d.h. aus den Parteien mußte je ein sogenannter Lizenzträger benannt werden, so daß die Vorgängerin der "HNA" am Anfang von Sozialdemokraten, Kommunisten und Bürgerlichen gemeinsam geleitet wurde.

Am 23.1.1946 erschien, neben dem überregionalen Teil, der Werra-Bote, als Vorläufer des heute bekannten Regionalteils der HNA, der über die Geschehnisse in den Kreisen Witzenhausen und Eschwege informierte. Daneben gab es für einige Zeit nach dem Krieg das Blatt: "Amtliche Bekanntmachungen im Auftrag der Militärregierung, des Landrates und sonstiger Behörden des Kreises Witzenhausen. Official Newspaper of the Kreis Witzenhausen."

Die offizielle Zulassung der Parteien erfolgte dann am 13.10.1945. Einen Monat später fanden in Kurhessen-Waldeck, dem heutigen Gebiet Nordhessen, die Gründungsversammlungen der Parteien statt.

Für den Januar 1946 schrieb die Militärregierung die erste Gemeindewahl aus, allerdings mit der Einschränkung, daß am ersten Wahlsonntag nur die Orte mit weniger als 20.000 Einwohnern wählen durften. Das waren aber gerade die Gemeinden, jedenfalls hessenweit, in denen viele Antifaschisten noch nicht oder nicht mehr zur Verfügung standen. So konnte die SPD in den 2618 Städten und Dörfern nur 1497

Wahlvorschläge einreichen, die KPD nur 406 Listen.

Daß dennoch die SPD insgesamt ca. 42% der Stimmen erhielt, ist der Beweis dafür, daß die Menschen eine deutliche Alternative zur Vergangenheit wollten. Eine jetzt von der amerikanischen Militärregierung gewollte Mehrheit der bürgerlichen Parteien und vieler "freier" Listen, in denen sich alte Nazis und Reaktionäre eingenistet hatten, wurde in Hessen nicht erreicht.

Nachdem am 28.4.1946 die Kreistage und am 26.5. dann auch in den größeren Städten gewählt werden durfte, ergab sich jene linke Mehrheit, die unter anderem auch für die Schaffung der bis heute fortschrittlichen Hessischen Verfassung bestimmend wurde.

Landesweit ergab sich folgendes Bild:

SPD	: 43,2%
CDU	, 36,9%
KPD	, 9,3%
LDP	, 7,3%

Auch in unserer Heimatstadt Lichtenau wurden für den 27.1.1946 die Wahlen zum Stadtparlament ausgeschrieben. Den damals etwa 2400 Wahlberechtigten stellten sich drei Listen zur Wahl, nämlich SPD, KPD und CDU.

Während der Wahlvorbereitungen geschah in Wiesbaden ein unerhörter Skandal, der weitgehende Auswirkungen hatte. Der geschäftsführende Ausschuß im großhessischen Vorparlament, dem je vier Vertreter von SPD und CDU und je zwei von KPD und LDP angehörten, beschloß mit den Stimmen von SPD und CDU, ohne weiteres Zutun der Militärregierung, daß zur Mandatsberechnung für die Kommunalwahlen (Städte und Kreise) mindestens 15% (!) aller Stimmen erforderlich sein müßten. So kam es, daß durch diese undemokratische Regelung die kleineren Parteien, wie die KPD oder die LDP mit teilweise sehr hohen Stimmenanteilen - die die KPD erreichte in Hessisch Lichtenau z.B. über 10% - nur in einem Teil der hessischen Gemeinden in den Parlamenten vertreten waren.

Da auch, wie oben erwähnt, die KPD in unserer Stadt

die 15%-Klausel nicht übersprang, setzte sich das erste gewählte Stadtparlament (nach zwölf Jahren) nur aus Vertretern von SPD und CDU zusammen.

Für die Sozialdemokraten hatten Martin Zahnwetzter, Emil Jung, G. Pfaffenbach, Heinrich Mell und H. Witzel Sitz und Stimme im Rathaus, die CDU vertraten K. Schweinsberg und Fritz Röder.

So kam es hier und in vielen anderen Orten nicht zur erhofften Zusammenarbeit der Arbeiterparteien SPD und KPD, sondern oft zu Arbeitsgemeinschaften von SPD und CDU.

Der Lichtenauer Wahlkampf war hauptsächlich von Kundgebungen der Parteien geprägt, größere Auseinandersetzungen gab es nicht. So arbeiteten die bekannten Arbeiterfunktionäre, der Sozialdemokrat Mell und der Kommunist Georg Jung, eng zusammen und sie versuchten auch für unsere Stadt die Einheit der Arbeiterparteien herzustellen. Es klappte zwar nicht, aber ein kameradschaftliches Verhältnis prägte ihre Arbeit.

Ein herausragendes Beispiel der Aktionseinheit gab es im damaligen Nachbarort Fürstenhagen. Hier hatten SPD und KPD eine Gemeinschaftsliste aufgestellt, die knapp mit zwei Stimmen Vorsprung vor der CDU die ersten Wahlen zum Gemeindeparlament gewonnen hatte. Bei den Bürgermeisterwahlen im März 1946 wurde dann der bisher amtierende Gemeindechef, der Kommunist Georg Klebe einstimmig zum Bürgermeister von Fürstenhagen gewählt.

Im selben Monat wurde auch in Lichtenau der Bürgermeister gewählt. Einstimmig entschied sich das Stadtparlament für den Sozialdemokraten Martin Zahnwetzter, der einige Monate in den Gefängnissen der Nazi-Barbaren eingekerkert war. Als Beigeordnete standen ihm mit Emil Jung und G. Pfaffenbach zwei erfahrene SPD-Mitglieder zur Seite. Für sie rückten die Herren Vockenroth und Blasius in das Parlament nach.

Nach Auszählung der Stimmen ergab sich für den Kreis Witzenhausen folgendes Bild:

SPD: 56,3% = 17 Abgeordnete
 CDU: 25,0% = 7 Abgeordnete
 KPD: 7,0% = 0 Abgeordnete
 LDP: 6,7% = 0 Abgeordnete

Auch hier saßen aufgrund der undemokratischen 15%-Klausel nur Vertreter von SPD und CDU im Parlament. Der erste gewählte Landrat nach langer Zeit wurde der Sozialdemokrat W. Brübach aus Hopfelde.

Liste der am 28. April 1946 gewählten Kreistagsabgeordneten des Kreises Witzenhausen

Lfd. Nr.	Zuname	Vorname	Wohnort	Beruf	Partei-zught.
1	Wilhelm	Heinrich	Laudenbach	Stellmacher	S.P.D.
2	Bischoff	Konrad	Witzenhausen	Kaufmann	S.P.D.
3	Zahnwetzter	Martin	Hessisch-Lichtenau	Arntsbez. Bgm.	S.P.D.
4	Gottleben	Fritz	Bad Sooden-Allendorf	Autoschl. Mstr.	S.P.D.
5	Ebert II	Georg	Wickenrode	Bgm. Bergm.	S.P.D.
6	Siebert	Rudolf	Witzenhausen	D.Ing. Sägwbes.	S.P.D.
7	Pfaffenbach	Georg	Hessisch-Lichtenau	Auto-Fuhrgsch.	S.P.D.
8	Dilcher	Emil	Bad Sooden-Allendorf	Polsterer	S.P.D.
9	Trube	Heinrich	Großalmerode	Tiegeldreher	S.P.D.
10	Mühlhausen	Fritz	Roszbach	Ldw. Waldarb.	S.P.D.
11	Brübach	Wilhelm	Hopfelde	Kaufmann	S.P.D.
12	Speck	Heinrich	Dudenrode	Waldarbeiter	S.P.D.
13	Heise	Friedrich	Witzenhausen	Fabr.Arbeiter	S.P.D.
14	Brandau	Louis	Reichenbach	Landwirt	S.P.D.
15	Hött	Adam	Großalmerode	Bergmann	S.P.D.
16	Trieschmann	Heinrich	Wickersrode	Maurer	S.P.D.
17	Scharf	August	Bad Sooden-Allendorf	Landwirt	S.P.D.
1	Platner	Eduard	Witzenhausen	Bürgermeister	C.D.U.
2	Krevet	Johannes	Neuenrode	Landwirt	C.D.U.
3	Bachmann	Christian	Großalmerode	Kaufmann	C.D.U.
4	Peter	August	Dohrenbach	Zigarrenherst.	C.D.U.
5	Hüge	Otto	Kammerbach	Landwirt	C.D.U.
6	Röder	Fritz	Hessisch-Lichtenau	Bauunternehm.	C.D.U.
7	von Hagen	Otto	Witzenhausen	Bahnhofswirt	C.D.U.

Wird veröffentlicht.
 Witzenhausen, den 29. April 1946
 von Coelln, Landrat

In der Gemeinde Lichtenau ergab sich bei den Kreistagswahlen folgendes Bild:

SPD 1011 Stimmen
KPD 304 Stimmen
CDU 409 Stimmen
LPD 99 Stimmen
ung. 102 Stimmen

In Fürstenhagen verteilten sich die Stimmen wie folgt:

SPD 185 Stimmen
KPD 121 Stimmen
CDU 199 Stimmen
LDP 25 Stimmen
ung. 26 Stimmen

Im heutigen Stadtgebiet von Hessisch Lichtenau erreichte die SPD fast überall über 50% der Stimmen, in Fürstenhagen SPD und KPD über 50%. Nur in Küchen schlugen die bürgerlichen Parteien die Arbeiterparteien mit einem knappen Vorsprung von 5 Stimmen.

Die klare linke Mehrheit wurde in den nächsten Jahren noch weiter ausgebaut, die undemokratische 15%-Klausel wurde durch die ebenso zweifelhafte 5%-Klausel ersetzt und auch die KPD zog wieder ins Stadtparlament ein.

Neubeginn auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene

Der Prozeß des regionalen Wiederaufbaus der Gewerkschaften nach 1945 ist ein noch relativ unerforschtes Gebiet der Nachkriegsgeschichte.

Die Gewerkschaften waren damals nicht nur durch die Besatzungsmächte in ihrer Organisation und Politik auf einzelne Regionen beschränkt, sondern die Bedingungen für ihre Tätigkeit waren in den einzelnen Ländern und Zonen bis hin zu den Kreisen, entsprechend der Politik der jeweiligen Besatzungsorgane und der Zusammensetzung und Tradition

der Arbeiterbewegung, sehr unterschiedlich. Regionalarchive der Kreise sind oft nicht vorhanden und so beginnt ein ordnungsgemäß geführtes Protokollbuch des DGB-Ortskartells Hessisch Lichtenau erst 1964.

Nachdem die Amerikaner in Lichtenau einmarschiert waren, stoppten sie erst einmal die gesamte Produktion in der Stadt. So teilte der Landrat am 28.4.1945 den Amtsbürgermeistern mit: "Auf Anordnung der Militärregierung sind alle Fabriken sofort zu schließen."

Dann kam es im Stadtgebiet zu den schon erwähnten Plünderungen, unter denen auch die Firma Frölich & Wolff stark zu leiden hatte.

Aber schon einige Wochen nach der Kapitulation wurde damit begonnen wieder aufzuräumen und die Arbeit aufzunehmen. Viele Arbeiter waren bei der Demontage der Fabrik in Hirschhagen beschäftigt. Große Teile des Werkes wurden als Reparationsgüter nach Jugoslawien, Frankreich, Griechenland, Albanien und in die CSSR verschickt. In Hirschhagen siedelten sich bald Firmen an, die "Friedensindustrie" betreiben sollten, viele gingen aber bald wieder in Konkurs. Wichtiger Arbeitgeber dort war und ist Rehder&Co., heute Reolit und auch bei der Weberei und Wirkerei Künzel & Jäger fanden viele Lichtenauer Arbeit.

Das bedeutendste Unternehmen aber waren die Textilwerke Frölich & Wolff, die schon einige Jahre nach dem Krieg ca. 1200 (!) Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigten. Bürgermeister Zahnwetzler sprach vom "Hauptlebensnerv der Stadt".

Aber noch lange lief nicht alles reibungslos. Der Bürgermeister berichtete: "Alle ansässigen Betriebe, die sich auch restlos für den Wiederaufbau einsetzten, leiden heute unter den großen Schwierigkeiten der Materialbeschaffung. Besonders im Baugewerbe macht sich der Materialmangel stark bemerkbar." Und gerade in diesem Baugewerbe waren viele Lichtenauer beschäftigt, was auch an der gewerkschaftlichen Struktur abzulesen war. Neben der jetzigen IG Textil - Bekleidung, die im Stadtgebiet wichtig war, gab es immer auch eine starke Gruppe der heutigen IG Bau, Steine, Erden in Lichtenau. Damit kommen wir zu den ersten Ak-

tivitäten der einzelnen Gewerkschaften, die sich nun, nach dem Ende des Faschismus, eine grundlegend geänderte, im Interesse der arbeitenden Menschen stehende Wirtschafts- und Sozialpolitik erkämpfen wollten.

Mit einer Bekanntmachung der Militärregierung wurde, um die Mitte des Jahres 1945, die Wahl von Arbeitnehmervertretern in den Betrieben gestattet.

In neun Punkten wurden gewisse Regelungen getroffen, so lesen wir unter Punkt drei (3c): "...Personen, die Beamte der D.A.F. (Deutsche Arbeitsfront, d. Verf.), Mitglieder der NSDAP waren, oder Nazianhänger oder Militaristen sind, sind nicht wählbar." Unter Punkt neun schrieben die Alliierten: "Die vorstehenden Anordnungen sind vorläufig und bedeuten den ersten Schritt zur Wiederherstellung von freien und demokratischen Gewerkschaften."

Im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Punkt drei sei

Gesetz- und Verordnungsblatt für Groß-Hessen

1946 Ausgegeben zu Wiesbaden, den 15. März 1946 Nr. 7-8

Inhalts-Übersicht	Seite	Seite
Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946		61
Präambel	1	61
Grundsätze (Artikel 1-3)	1	61
Meldungsverfahren (Artikel 3)	1	61
Gruppen der Verantwortlichen (Artikel 4)	1	61
Hauptbeteiligte (Artikel 5-7)	1	61
Hilfsbeteiligte (Artikel 8)	1	61
Minderbeteiligte (Bewährungsgruppe, Artikel 11)	1	61
Militärler (Artikel 12)	1	61
Zuständige (Artikel 13)	1	61
Gütermaßnahmen (Artikel 14)	1	61
Hauptbeteiligte (Artikel 15)	1	61
Hilfsbeteiligte (Artikel 16)	1	61
Minderbeteiligte (Artikel 17)	1	61
Militärler (Artikel 18)	1	61
Mindernde Umstände (Artikel 19-21)	1	61
Wichtige Rechtsänderungen (Artikel 22)	1	61
Vernachlässigung zum Strafrecht (Artikel 23)	1	61
II. Abschnitt - Verfahrensrecht		
Der Minister für politische Befreiung (Artikel 24)	1	61
Die Kammer (Artikel 25-26)	1	61
Ordnung Zuständigkeit (Artikel 27-30)	1	61
Sachliche Zuständigkeit (Artikel 31)	1	61
Anspruchsberechtigte (Artikel 32)	1	61
Der öffentliche Kläger (Artikel 33)	1	61
Deweisung (Artikel 34)	1	61
Verfahren vor der Kammer	1	61
Hauptbeteiligte (Artikel 35)	1	61
Verfahren gegen Abwesende (Artikel 36)	1	61
Objektives Verfahren (Artikel 37)	1	61
Die Entscheidung (Artikel 38)	1	61
Bestehende und einwirkende Umstände (Artikel 39)	1	61
Einseitige Anordnungen (Artikel 40)	1	61
Inhalt des Urteils (Artikel 41-44)	1	61
Zustellung (Artikel 45)	1	61
Berufung (Artikel 46-47)	1	61
Wiederaufnahme des Verfahrens (Artikel 48)	1	61
Ausschluss von Rechtsmitteln (Artikel 49)	1	61
Vollstreckung (Artikel 50)	1	61
Gruppenregister (Artikel 51)	1	61
Überprüfung (Artikel 52-53)	1	61
Gedankenrecht (Artikel 54)	1	61
Rechtsmittel (Artikel 55-56)	1	61
Kosten des Verfahrens (Artikel 57)	1	61
III. Abschnitt - Gesetzliche Folgen		
Gesetzliches Tätigkeits- und Beschäftigungsverbot (Artikel 58-59)	1	61
Einseitige Befreiungen (Artikel 60)	1	61
Gesetzliche Vermögenssperre (Artikel 61)	1	61
IV. Abschnitt - Übergangsbestimmungen		
V. Abschnitt - Schul- und Strafbestimmungen		
Regelbestimmung für gewöhnliche Arbeit (Artikel 62)	1	61
Strafbestimmungen (Artikel 63)	1	61
Vermögenssperre (Artikel 64)	1	61
Verfahren (Artikel 65)	1	61
Anlage zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (Richtlinien Nr. 14 des Kontrollrates)	1	61
Zugehörigkeit zu Gruppen	1	61
A) Deutscher Geheimdienst einschließlich Abwehrämter (Milit., AmI)	1	61
B) Die Sicherheitspolizei (Sipo)	1	61
C) Die Ordnungspolizei (Orpo)	1	61
D) Die NSDAP	1	61
E) Die NSDAP-Untereinheiten	1	61
F) Der NSDAP angeschlossene Verbände	1	61
G) Von der NSDAP betretene Organisationen	1	61
H) Andere Nazi-Organisationen	1	61
I) Die Naziparteiorgane	1	61
K) Regierungsbeamte	1	61
L) Die deutschen bewaffneten Streitkräfte und Militaristen	1	61
M) Wirtschaft und freie Berufe	1	61
N) Juristen	1	61
O) Sonstige Personengruppen	1	61
Teil B		
Gruppen, die mit besonderer Sorgfalt zu prüfen sind	1	61
Durchführungsverordnung Nr. 1 zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus u. Militarismus v. 5. März 1946	1	61
Gesetz über die Feiertage	1	61

Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus

vom 5. März 1946

1. Nationalsozialismus und Militarismus haben in Deutschland zwölf Jahre die Gewaltherrschaft ausgeübt, schwerste Verbrechen gegen das Deutsche Volk und die Welt begangen, Deutschland in Not und Elend gestürzt und das Deutsche Reich zerstört. Die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist eine unerlässliche Vorbedingung für den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufbau.

2. Während der vergangenen Monate, die der Kapitulation folgten, hat die Amerikanische Militärregierung die Entfernung und den Ausschluss von Nationalsozialisten und Militaristen aus der Verwaltung und anderen Stellen durchgeführt.

3. Der Kontrollrat hat am 12. Januar 1946 für ganz Deutschland Richtlinien für diese Entfernung und den Ausschluss in der Anweisung Nr. 24 aufgestellt, die für die deutschen Regierungen und für das Deutsche Volk verbindlich sind.

4. Das Gesetz Nr. 8 der Militärregierung einschließlich seiner ersten Ausführungs-Verordnung hat die Befreiung auf das Gebiet der gewerblichen Wirtschaft ausgedehnt und das Vorstellungsverfahren durch deutsche Prüfungsausschüsse eingeführt.

Gesetz- und Verordnungsblatt 1946

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabepages: 21. März 1946.)

I. Abschnitt

Grundsätze

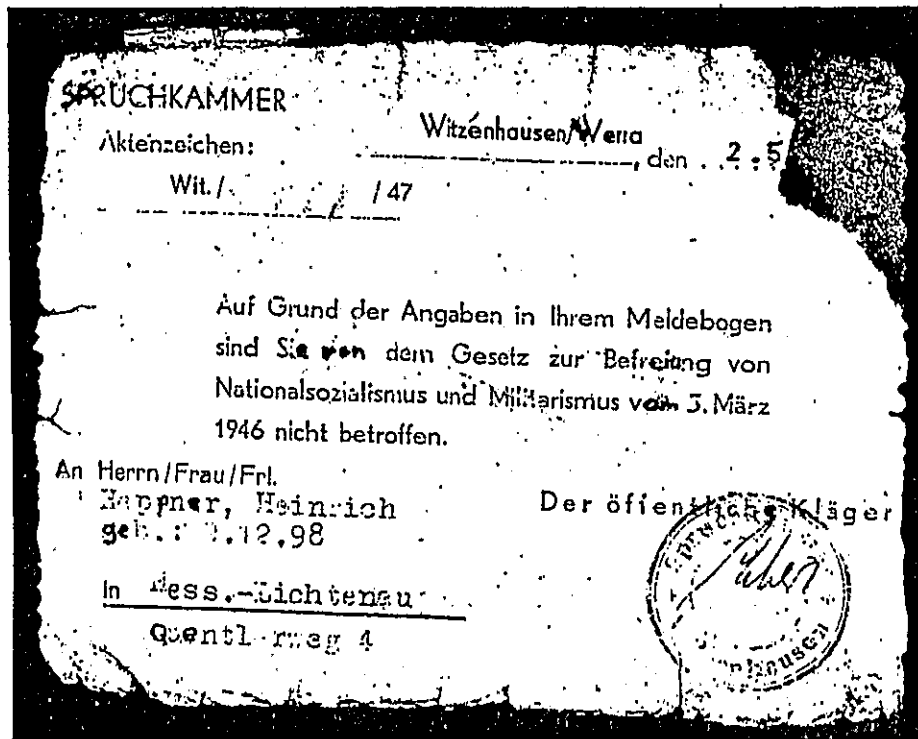
Artikel 1

(1) Zur Befreiung unseres Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus und zur Sicherung dauernder Grundlagen eines deutschen demokratischen Staatlebens im Frieden mit der Welt werden alle, die die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aktiv unterstützt oder sich durch Verstöße gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit oder durch eigensüchtige Ausnutzung der dadurch geschaffenen Zustände verantwortlich gemacht haben, von der Einflußnahme auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ausgeschlossen und zur Wiedergutmachung verpflichtet.

(2) Wer verantwortlich ist, wird zur Rechenschaft gezogen. Zugleich wird jedem Gelegenheit zur Rechtfertigung gegeben.

hier noch kurz von der sogenannten "Entnazifizierung" berichtet. Im Auftrag der amerikanischen Militärregierung wurde in Hessen ein "Befreiungsministerium" gebildet und am 5. März '46 ein "Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" verkündet.

So wurden überall 'Spruchkammern' gebildet, die darüber zu entscheiden hatten, wer als "Hauptbelasteter", "Minderbelasteter", "Entlasteter" oder "Mitläufer" der Nazis einzustufen war. Nachdem aber immer mehr Hauptbelastete sogenannte "Persilscheine" erhielten, d.h. die braunen Westen wurden zu weißen gemacht, nachdem immer mehr die Kleinen getroffen und die Großen als Mitläufer eingestuft waren und ihre führenden Positionen in den Betrieben und in der Justiz wiederbekamen, wurde die "Entnazifizierung" zur Farce, zu einem unwürdigen Possenspiel. Durch diese Versäumnisse hatte sich die heutige Bundesrepublik noch lange mit ehemaligen Nazis im öffentlichen und betrieblichen Leben herumzuschlagen. Wie eine solche Bestätigung einer Spruchkammer aussah, ist im folgenden zu lesen:



Doch nun zurück zu den ersten Betriebsratswahlen in Hessisch Lichtenau. Die aktivsten Gewerkschafter in unserer Gegend waren Sozialdemokraten und Kommunisten, die dann auch versuchten, in den größeren und kleineren Betrieben die Wahlen vorzubereiten.

Im September/Oktober 1945 wurden die ersten Wahlen in folgenden Betrieben durchgeführt: Bei der Firma Frölich & Wolff (Zu diesem Zeitpunkt noch Fa. Henschel), bei der Firma Rosenblath, den Baufirmen Röder und Küllmer und der Zeche Glimmerode, die ja noch lange Jahre ein wichtiger Arbeitgeber im Bereich Braunkohleabbau in unserer Gegend war.

Daß es hier, in Hessisch Lichtenau und der Umgebung, relativ früh zu den ersten Wahlen kam, schon lange bevor die Gewerkschaften auf Landesebene erlaubt wurden, hing sicherlich damit zusammen, daß die Militärregierung schon

früh, am 8. August 1945, dem FDBG (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) den vorläufigen Aufbau der Gewerkschaftsorganisation vor Ort in Kassel und Kurhessen gestattet hatte.

Der Name "Freier Deutscher Gewerkschaftsbund" und einige wichtige Organisationsfragen waren vorher bei verschiedenen Zusammenkünften früherer Gewerkschafts- und Betriebsvertreter festgelegt worden.

In Kassel und Kurhessen hatte man sich schon früh auf den Aufbau einer zentralen Einheitsgewerkschaft geeinigt, d.h. die Zusammenfassung der früheren Richtungs- und Berufsorganisationen war das Ziel. Die Militärregierung befürwortete diese Form des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zwar nicht, griff aber auch nicht in die Diskussion ein.

In einem ersten Aufruf von früheren Gewerkschaftsfunktionären aus Kurhessen-Waldeck wurde die Notwendigkeit der einheitlichen Organisation der Arbeiterklasse aus den Erfahrungen der faschistischen Herrschaft und vor allem aus der Notwendigkeit des konsequenten Kampfes gegen Faschismus und Militarismus und für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands betont.

Der FDGB Kassel übernahm in seinem ersten öffentlichen Aufruf im wesentlichen das Programm der ersten, schon am 8. März 1945 gegründeten Gewerkschaftsorganisation in Aachen und forderte:

1. Mithilfe zur Verständigung der Völker untereinander in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt.
2. Aufklärung in Wort und Schrift über Völkerverständigung.
3. Kampf gegen Militarismus und Faschismus.
4. Mithilfe bei der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung.
5. Vereinigungsfreiheit.
6. Vertretung der Gewerkschaften in allen Zweigen des öffentlichen Lebens.
7. Wiedereinführung des Arbeitsrechts, wie es vor 1933 bestand.
8. Wiedereinführung des 8-Stunden-Tages.
9. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland es gestatten, die Einführung der 40-Stunden-Woche gemäß den Beschlüssen des Londoner Gewerkschaftskongresses vom Februar 1945.
10. Der 1. Mai ist zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.
11. Wiedereinsetzung aller Zweige der sozialen Versicherung.
12. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts."

Auch in Hessisch Lichtenau entschieden sich die Gewerkschafter aller parteipolitischen Ansichten für die Einheitsgewerkschaft mit dem Namen FDGB. So existiert im Lichtenauer Stadtarchiv noch ein Flugblatt dieser Organisation aus der damaligen Zeit.

Ein Organisationsschema, das am 1.12.1945 in der HN als "Entwurf der Organisationsform des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes Kurhessen" veröffentlicht wurde, zeigte schon, welche genauen Vorstellungen über Aufbau und Aufgaben bestanden. Vorsitzender des FDGB und einer der Aktivisten des Aufbaus im Kreis war Paul Pfetzing, SPD, schon vor 1933 ehrenamtlicher Gewerkschaftssekretär des DMV (Deutscher Metallarbeiterverband).

Der FDGB Kassel übte durch seine Aktivitäten und die Stärke seiner Organisation bereits früh Einfluß auf die umliegenden nordhessischen Gewerkschaftskreise aus. Bereits Anfang Dezember 1945 bestanden enge Kontakte auch zum Kreis Witzenhausen.

So fuhren auch zur Gründungsversammlung des FDGB viele Lichtenauer Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen mit nach Kassel in die Gebäude der SPIFA in Bettenhausen, dem späteren ENKA-Werk.

Im April fand in Lichtenau eine Versammlung des FDGB statt, die HN berichtete darüber, wenn auch sehr kurz:

HN vom 13.4.1946 (Hess.Lichtenau)

Heute fand eine der ersten Versammlungen des FDGB statt, es sprach der Präsident des FDGB Kassel, Kollege Pfetzing. Stichpunkte waren die Neutralität und der Kampf um die Mitbestimmung.

In Hessen waren jetzt, Mitte 1946, ca. 200 000 Kolleginnen und Kollegen Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften, die im November 1945 mit etwa 30 000 Mitstreitern ihre Arbeit aufgenommen hatten. Man war sich einig, daß der Auf- und Ausbau der einzelnen Fach- und Berufsgruppen nun angegangen werden konnte.

Es wurden Versammlungen für alle Gruppen angesetzt, in denen unter anderem die verantwortlichen Leitungen ge-

wählt werden sollten.

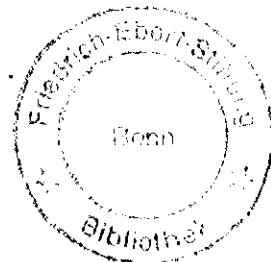
Nach und nach gründeten sich auch in Lichtenau Ortsgruppen der Einzelgewerkschaften, die sogenannten Zahlstellen. So kamen die Lichtenauer Bauarbeiter am 3.11.46 zu ihrer Gründungsversammlung in der Gaststätte "Zur Eisenbahn" zusammen und belebten die vor zwölf Jahren verbotene Gewerkschaftsgruppe neu.

Im Juni 1946 wurden viele der Einzelgewerkschaften auf Landesebene gebildet, so die für unsere Gegend wichtige Gewerkschaft Bau- und Steingewerbe, wie sie damals hieß (die heutige IG BSE), oder auch die Gewerkschaft Bekleidung-Textil-Leder, die heutige IG Textil-Bekleidung.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter der ersten Stunde waren Sozialdemokraten und Kommunisten wie H.Mell, K. Emde, L.Brandau, B.Schrödter, H.Eckhardt, M.Zahnwetzter und viele andere mehr.

Allen diesen Kolleginnen und Kollegen möchten gerade wir als junge Gewerkschafter für ihre Arbeit im Interesse all derjenigen, die nichts weiter zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft, an dieser Stelle unsere große Hochachtung ausdrücken.

In den Betriebsräten arbeiteten Arbeitervertreter kameradschaftlich zusammen. Für die Gewerkschaften war jetzt auf örtlicher Ebene im organisatorischen Aufbau ein gewisser Abschluß erreicht. Am 24./25. August fand dann der erste hessische Gewerkschaftskongreß in Frankfurt-Enkheim statt, wo der FGB Hessen gegründet wurde, auf Landesebene der Vorläufer der Dachorganisation der Einzelgewerkschaften, des DGB.



Literatur:

- Als der Krieg zuende war U.Schneider (Hrsg.)
Frankfurt/M. 1980
- Kassel 1945-was kam danach? W.Belz, Kassel 1978
- Sprengstoff aus Hirschhagen Schneider/König
Kassel 1985
- Das Außenkommando Hessisch D.Vaupel, Kassel 1984
Lichtenau des KZ-Buchenwald
- Der Freie Gewerkschaftsbund A.Weiß - Hatmann
Hessen, 1945-1946 Marburg 1978
- Hessisches Staatsarchiv Marburg LA 180 WIZ A6
- Archiv der Stadt Hessisch Lichtenau
- Archiv der HNA
- Dokumentation über das Projektgruppe der Freiherr-
Ende des 2.Weltkrieges vom-Stein-Schule 1983
- Fotos Defense audiovisual agency
Washington, D.C., USA
und privat
- Titelfoto (Mai-Demonstration in Willi Brandau
Hess.Lichtenau kurz nach dem Krieg)

Kapitel I: Es wird empfohlen, daß:

1.

Die Deutsche Bank liquidiert wird,

2.

die verantwortlichen Mitarbeiter der Deutschen Bank angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden,

3.

die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden.

**(Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland
Finanzabteilung - Sektion für Nachforschungen)
November 1946**

1.10

200

Preis: 2,50 DM